

SPD demokratischer pressediens

F/XXXII/97
23. Mai 1977

Auf dem Wege zu einem familienfreundlichen Paragraphen
7b

Für die Kinderreichen, nicht für die "Kinder der
Reichen" !

Von Horst Krockert MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 1 und 2 / 59 Zeilen

UN-Seerechtskonferenz

Ein Interimgesetz für den Tiefseebergbau vorbereiten!

Von Horst Grunenberg MdB
Seerechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Vertrauensarbeit intensivieren !

Eine Umorientierung der gesamten Parteiarbeit ist
erforderlich

Von Johann Strasser
Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Partei-
vorstand

Seite 5 / 42 Zeilen

Auf dem Wege zu einem familienfreundlichen Paragraphen 7b

Für die Kinderreichen, nicht für die "Kinder der Reichen" !

Von Horst Krockert MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Die Einkommensteuerbegünstigung des Abschreibungsparagraphen 7b wird erweitert: Nicht nur der Neubau, sondern auch der Erwerb von Altbau-Wohnsigentum soll künftig acht Jahre lang erhöht abschreibungsfähig sein. Das wird positive Auswirkungen haben: auf die individuelle Vermögensbildung, auf die Modernisierungstätigkeit, auf die Stadtentwicklung.

Allerdings - eine "Reform" des Paragraphen 7b ist das noch nicht. Es bleibt nämlich dabei: Wer ein höheres Einkommen hat als sein Nachbar, der darf in seine Vorausberechnungen auch mehr staatliche Hilfe fest disponieren. Je besser es ihm geht, desto vorteilhafter sieht das Ergebnis aus: Von den 150.000 DM seiner begünstigten Aufwendungen für ein "Gebrauchthaus" kann der alleinstehende Großverdiener im Laufe der Jahre bis zu 33.000 DM dem Vater Staat in Rechnung setzen; seine Sekretärin würde für das gleiche Objekt nur die knappe Hälfte gutgeschrieben bekommen, ein angestellter Familienvater gar noch weniger.

Das alles läßt sich natürlich damit erklären, daß diese Bürger zuvor vom Finanzamt sehr unterschiedlich zur Kasse gebeten wurden. Aber mit "Gebäudeabschreibung", also mit dem tatsächlichen Wertverlust des Wohneigentums, ist diese Differenz am gleichen Objekt nicht zu rechtfertigen. Mit "breit gestreuter Vermögensbildung" hat diese Form der Staatshilfe schon gar nichts zu tun.

Kein Wunder also, das der Ruf nach einer "familienfreundlichen Komponente" des Paragraphen 7b laut wird. Eine einleuchtende Forderung.

Aber sobald man in dieses Begünstigungsverfahren ein Stück Familienfreundlichkeit hineinbringen will, gibt es Wirrwarr. Ein Abschreibungssystem, das in seinem Ansatz das soziale Ungleichgewicht verstärkt, verträgt

keine sozial gemeinte Komponente. Es überträgt die alte Verzerrung nur auf die neuen Sachverhalte.

Die CDU wollte das nicht wahrhaben. Sie legte einen trotzigen Antrag vor, den sie "familienfreundlich" nannte. Aber der mußte scheitern. Denn das Ergebnis spiegelt nur das alte Dilemma verstärkt wider:

Da ist das junge Ehepaar mit Anfängergehalt. Es will mit Vor- und Nachsparen zu bescheidenem Wohneigentum kommen. Aber die monatliche Belastung wird über Paragraph 7b nur "normal" um knapp 140 DM reduziert. Wenn eines Tages die Familie komplett sein sollte, ist es für die "familienfreundliche Komponente" zu spät. Aber da ist ein wohlhabendes Ehepaar, die Familie schon in der Abbau-Phase. 100.000 DM Einkommen werden versteuert. Den Paragraphen 7b haben sie sich schon einmal "erbaut", wobei die monatlichen Belastungen um je 3000 DM reduziert wurden, acht Jahre hindurch, insgesamt bekamen sie fast 20 Prozent der begünstigten Aufwendung vom Staat zurück. Nun aber dürfte der Ehepartner rasch noch einmal "familienfreundlich" zugreifen, bevor die Kinder ganz ausgestiegen sind. Von der monatlichen Belastung würde der Staat acht Jahre lang hindurch 400 DM übernehmen. Weil es den Leuten schon so gut geht, bekämen sie 1/4 der begünstigten Aufwendung zurück!

Eine sechsköpfige Familie, die 50.000 DM versteuert, dürfte monatlich 250 DM familienfreundlichen Belastungsabzug in seine Anschaffungsplanung einkalkulieren. Der "Leitende", der weder Weib noch Kind begehrt und der nach allerlei Abzügen immer noch 60.000 DM versteuert, kann ohne jede "Komponente" 310 DM von der monatlichen Belastung abrechnen.

Nein, so geht es nicht. SPD und FDP haben widersprochen, damit eine bessere, wirklich familienfreundliche Lösung vorbereitet werden kann. Das geht nur, wenn das System von Erend auf verändert wird. Darum werden sie den Paragraphen 7 b jetzt nur mit der vorgesehenen Erweiterung ab 1. Januar 1977 auf den Weg bringen. Zugleich aber haben sie die Bundesregierung aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode Alternativen vorzulegen, die eine Umstellung auf ein System der Direktförderung oder des Abzugs von der Steuerschuld zum Gegenstand haben, und zwar jeweils unter Berücksichtigung familienfreundlicher Komponenten. Nur so ist eine sozial- und familienrecht wirkende Lösung zu erreichen.

(-/23.5.1977/va-he/lo)

+ + +

UN-Seerechtskonferenz

Ein Interimsgesetz für den Tiefseebergbau vorbereiten!

Von Horst Grunenberg MdB

Seerechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Heute wird die 6. Verhandlungsrunde der 3. UN-Seerechtskonferenz in New York eingeläutet. Die Thematik der Konferenz scheint sich einzunengen. Das nationale Vorgehen einer Reihe von Konferenzteilnehmern mit der Ausdehnung ihrer Fischereizonen vor den Küsten wird sicherlich zur Beschleunigung der Beratungen im zuständigen Ausschuß beitragen.

Schwieriges Problem ist die Nutzungsordnung für den auf den Tiefseeboden zusammengeschmolzenen Rest des "common heritage of mankind" (gemeinsamen Erbes der Menschheit). Dabei ist die falsche Vorstellung der Entwicklungsländer (Gruppe der 77) von den Möglichkeiten des Tiefseebergbaus das Haupthindernis zu einer Einigung. Die Furcht der Rohstoffländer in der "Gruppe der 77" vor der Konkurrenz des Meeresbergbaus, der einmal von wenigen Industrieländern betrieben werden könnte, lähmt den Willen zu einer Einigung.

Die Weltbevölkerung aber wird in den nächsten Jahren zunehmen und somit der Konsum. Sogenannte Schwellenländer werden aus dem Kreis der Entwicklungsländer heraustreten und sich in den Kreis der Industrienationen einreihen. Die nichtregenerierbaren terrestrischen Rohstoffe werden zwangsläufig quantitativ und qualitativ abnehmen. Man wird stärker auf die marinen Rohstoffe zurückgreifen müssen. Diese werden jedoch auf sehr lange Zeit immer nur eine Ergänzung, kaum aber ein Ersatz knapper werdender Landrohstoffe darstellen.

Die Auffassung der OPEC-Länder, Öl und Gas zu verteuern, um die Verbraucherländer zu sparsamem Umgang mit diesen Roh- und Brennstoffen zu zwingen und gleichlautend dazu eine Verlagerung auf andere Energieträger zu erreichen, kam nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß der derzeitige Ölreichtum von kurzer Dauer sein kann, wenn er nicht gestreckt wird.

Diese Erkenntnis sollte auch für andere Rohstoffe ihre Gültigkeit haben. Das Glück, Besitzer von Rohstoffen zu sein, wird eben nur solange Wohlstand oder gar Reichtum verheißen, wie Rohstoffe vorhanden sind.

Die Technologie des Meeresbergbaus steckt noch in den Anfängen. In etwa acht bis zehn Jahren wird sie soweit sein, daß sie überhaupt wirt-

schaftlich nennbar produzieren könnte. Dies jedoch auch nur, wenn diese Technologie kontinuierlich weiterentwickelt wird.

Die schleppenden Verhandlungen im 1. Hauptausschuß der 3. UN-See-rechtskonferenz haben inzwischen dazu geführt, daß eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Technologie des Tiefseebergbaus nicht mehr gegeben ist. Ein langes Warten auf eine internationale Konvention wäre wie das Anhalten der Uhrzeiger in der Absicht, damit auch die Zeit zum Stillstand zu bringen - in diesem Falle die Rohstoffzeit.

Das aber kann nicht im Sinne besonders der rohstoffarmen Entwicklungs-länder sein.

Die Bundesrepublik ist eines der wenigen Länder, das die Technologie des Tiefseebergbaus zu beherrschen beginnt. Für den Fall, daß die 6. Session der 3. UN-Seerechtskonferenz keine deutlich erkennbaren Fortschritte zu einer Nutzungsordnung für den Tiefseeboden erbringt, ist es notwendig, daß die technische Weiterentwicklung des Meeresbergbaus gewährleistet wird. Dazu ist erforderlich, daß ein Interimsgesetz eingebracht wird, das

- a/ den Tiefseebergbau entwickelnden Unternehmen eine gewisse Sicherheit trotz der internationalen politischen Unwägbarkeiten gibt,
- b/ die Unternehmen in die Lage versetzt, mit den ausländischen Konsortial-partnern weiterzuarbeiten, die durch eine vergleichbare Gesetzgebung ihrer Länder abgesichert sind,
- c/ nur solange Gültigkeit besitzt, bis eine internationale Nutzungsordnung der Tiefsee erstellt wird,
- d/ materiell als auch immateriell deutlich sichtbar macht, daß der Grund-gedanke des "common heritage of mankind" für den Bereich des Tiefsee-bodens übernommen wird.

Es ist dringend zu empfehlen, den Gesetzentwurf aus dem parlamentari-schen Raum einzubringen. Die Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien sind aufgefordert, hier ein Stück gemeinsamen Weges zu gehen, nicht nur im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik, sondern damit das "gemeinsame Erbe der Menschheit" auch langfristig dem Wohle der gan-zen Menschheit zugute kommen kann.
(-/23.5.1977/ks/ben)

+ + +

Vertrauensarbeit intensivieren !

Eine Umorientierung der gesamten Parteiarbeit ist erforderlich

Von Johann Strasser

Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Im Orientierungsrahmen '85 ist ein neues Konzept der Vertrauensarbeit der Partei skizziert worden, das in seiner Bedeutung für eine bessere Praxis unserer Partei bisher nicht ausreichend gewürdigt worden ist. Es verlangt eine Umorientierung der gesamten Parteiarbeit:

Der weitgehend sterile Sitzungs-, Versammlungs- und Kundgebungsbe-
trieb muß zugunsten vielfältiger Aktionsformen verändert werden.

Die Partei muß sich zur Gesellschaft hin stärker öffnen, auch Nicht-
mitgliedern oder Nachnichtmitgliedern Möglichkeiten der Mitarbeit einräu-
men, in Foren den notwendigen gesellschaftlichen Dialog organisieren und
in lokalen, regionalen und bundesweiten Aktionen Mitgliedern und Anhängern
Gelegenheit geben, unmittelbar für die Durchsetzung sozialdemokratischer
Politik tätig zu werden.

Basisarbeit darf nicht länger administrativ behindert werden.

Die Karrieremuster in der Partei müssen sich wandeln; es muß aufhören,
daß das Engagement in einer Bürgerinitiative, die Mitarbeit an einer Stadt-
teilzeitung oder die Organisation sozialdemokratischer Betriebsarbeit im
Sinne einer Parteikarriere eher als "verlorene Zeit" zu bewerten ist, weil
man inzwischen so manche "Kugelsitzung" und so manche Gelegenheit, sich
wortreich vor den Genossen in Szene zu setzen, versäumt hat. Die Partei
muß sich nach außen und nach innen, vor allem auch auf ihren Parteitagen,
als Partei der Aktion darstellen, um so die aktive Basisarbeit gegenüber
der reinen Grenzarbeit (die auch wichtig ist) aufzuwerten.

Eine straffere Zentralisierung der Parteiorganisation wäre für die
Aufgabe der Vertrauensarbeit eher hinderlich. Vertrauensarbeit der Partei
muß möglichst basisnah organisiert werden. Die Parteizentrale kann durch
vermehrte und verbesserte Serviceleistungen die dezentrale Vertrauensarbeit
unterstützen und für Informationsaustausch und Koordinierung sorgen.

Die Fixierung auf eine ausschließlich seßhafte Parteibürokratie muß
überwunden werden. Wirkungsvolle Vertrauensarbeit kann nur geleistet werden,
wenn in Unterbezirken und Bezirken mobile Fachleute für Vertrauensarbeit
zur Unterstützung lokaler Aktivitäten zur Verfügung stehen.

Die Vertrauensarbeit verlangt einen neuen Typ des Parteiarbeiters, mit
speziellen Fähigkeiten und Erfahrungen. Dieser fällt nicht vom Himmel. Die
Bildungsarbeit der Partei muß schwerpunktmäßig auf die Ausbildung von Ver-
trauensarbeitern ausgerichtet werden.

In der SPD besteht kein Mangel an beschriebenem Papier, sondern ein
Mangel an zielorientierter Praxis. Es genügt nicht, den beklagenswerten Zu-
stand der Partei mehr oder weniger scharfsinnig zu analysieren; es kommt da-
rauf an, ihn zu verändern. Wir haben keinen Grund zu resignieren. Eine nüch-
terne Bestandsaufnahme zeigt, daß wir viele vermeidbare Fehler gemacht ha-
ben. Nirgends steht geschrieben, daß wir dieselben Fehler immer wieder ma-
chen müssen.

(-/23.5.1977/ks/ja)